

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark., für Selbst-Abholer 1.00 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 534 77**

Redaktion: Leipzig, Tauschaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauschaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10. Geleit, Kolonelleite 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg.
Stellenangebote 10 Geleit, Kolonelleite 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatisten die 10 Geleit, Kolonelleite mit 50% Nachlag. Reklamezeile 2 M., Inserate v. ausw.: die 10 Geleit, Kolonelleite 40 Pfg. bei Platzvorschrift, 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Voltantalkten entgegen

Wer ist angeklagt?

Nach den bisherigen Resultaten des Prozesses gegen Paul Krantz mag man den Eindruck haben, daß ein Staatsanwalt, der sein hohes Amt nicht nach treudeutscher Paragraphenphilosophie versteht, gar keine Anklage zu erheben hatte, mag man es für begreiflich halten, daß der Verteidiger nach der Aussage der Ellinor Katti an den Staatsanwalt die Frage stellte, ob er nicht jetzt die Anklage fallen lassen wolle. Und ebenso selbstverständlich ist für uns Deutsche, an eine dienstbefähigte Justiz gewöhnte Erdenbürger der ablehnende Bescheid des Herrn Staatsanwalts. Dem „deutschen Volk“ aber, um dessen Sicherheit sich Herr Mumm von den Deutschen Nationalen — Mumm, welcher Name hierfür! — und die Zentrumspartei besorgt fühlen, den vielen Eltern und Kindern ist dieser Prozeß ein Anschauungsunterricht für gesellschaftliche Gebrechen, wie ihn kein Ereignis seit Jahren veranschaulichte. An sich sind ja die sogenannten Probleme des Krantz-Prozesses keine neuen. Nur sind einige von ihnen, die jedes Elternhaus schon berührt haben, zu einer tragischen Klarheit zusammengefügt und rollen sich jetzt vor der breitesten Öffentlichkeit ab. Werden jetzt den Eltern und den von Staatswegen für die Erziehung der Jugend Verantwortlichen, einigen von ihnen, die Augen geöffnet werden?

Für einen Anschauungsunterricht freilich ist nicht die Gründlichkeit vorzuziehen, mit der der Gerichtsvorsitzende von der Feigin Hilde Scheller Aussagen abnimmt. Die sexuellen Motive der Tat müssen geklärt werden. Die Jugend und die Eltern werden nicht dadurch „geschützt“, daß man die traurige Wirklichkeit einfach toschweigt. Ein Gericht, das sein Amt aus einer wirklichen Verantwortung vor dem Menschen, um dessen Kopf es hier geht, herleiten würde, müßte das ganze Rüstzeug sexualpsychologischer Wissenschaft aufbieten lassen, jedweder Marx-Mummischen Nummerlei zum Trotz. Anders dieser Vorsitzende: Er meint, die sexualpsychologischen Bedingungen der Tragödie dadurch feststellen zu können, indem er auf eine wissenschaftlich-systematische Aufklärung durch Sachverständige verzichtet und mit der einen jeden deutschen Richter auszeichnenden eigenen Sachverständigkeit Tiefenpsychologie durch Bettelatenpsychologie ersetzt, indem er anstatt gründlicher, schwerlich von ihm selbst auszuführender Aufhellung sexualpsychologischer Tatbestände einen Erkundigungsritt, ohne System und auf Geratewohl, in die Gesinde Hilde Schellerscher Liebeskunst unternimmt. Dieser Vorsitzende kam einem Teil der deutschen Presse nicht ungelegen. Spaltenlang findet man die wortgetreuen Berichte über das Frage- und Antwortspiel zwischen dem Vorsitzenden und Hilde Scheller, was vor und nach dem Aufgehören sei usw. Ob sich Herr Mumm davon unterrichtet hat, daß die Berliner „Nachtausgabe“ seines deutschen nationalen Fraktionskollegen Hugenberg in dieser Art Prozeßberichterstattung den Rekord aufstellt?

Unter der Garantie einer absoluten Zuverlässigkeit waltet der Vorsitzende seines Amtes: denn er hat sie besorgt, indem er die 16jährige Hilde, deren Un glaubwürdigkeit kaum noch angezweifelt werden darf, vereidigen ließ. Was es heißt, wenn man junge Menschen zuerst vereidigt und sie dadurch unter eine ständige Bedrohung mit dem Zuchthaus stellt, sofern sie auch nur eine geringe Abweichung in der Schilderung ihres erotischen Lebens begehen, das bezeugt die Verhandlung vor dem Berliner Landgericht. Aber auf die prozessuale Seite an diesem; wie Genosse Dittmann im Reichstag mit Recht sagte, Justizskandal soll morgen noch ausführlich eingegangen werden.

Auf der Anklagebank sitzt ein junger Mensch, angeklagt, einen Mord begangen zu haben. Für die prozessuale Abwicklung dieser Mordanklage interessiert sich der größere Teil der deutschen Presse. Für uns aber ist hier in erster Linie angeklagt die ganze bürgerliche Gesellschaft. Dabei möchten wir uns von jenem bequemen Urteil freihalten, daß die Steglitzer Schülertragödie einfach eine selbstverständliche Erscheinung der kapitalistischen Zeit sei. Und wir möchten auch nicht die einfache Schablone benutzen, daß in dieser kapitalistischen Zeit die Proletarier und ihre Kinder die Engel und die anderen die Teufel seien. Weder von jenem bequemen, noch von diesem einfachen Standpunkt aus läßt sich an die „Probleme“ des Krantz-Prozesses herangehen. Schließlich sind die Menschen, die heute leben, die einfließen werden, solche mit einem Herzen und anderen Organen, und man muß schon untersuchen, in welcher konkreten Vergegenständlichung der kapitalistischen Gesellschaft die sozialen Gebrechen liegen, die in der Steglitzer Tragödie enthalten sind. Und wir finden da: eine Gesellschaftsordnung, die unfähig ist, die im Stadium der Pubertät lebende Jugend zu erziehen, sie zu beraten und auszuklären und ihren Bedürfnissen — nicht nur den sexuellen! — Rechnung zu tragen. Das betrifft sowohl die proletarische wie die nichtproletarische Jugend, denn die handelnden Personen des Steglitzer Dramas sind keine Proletariatskinder; Paul Krantz ist zwar der Sohn eines Proleten, aber er ist ein Kind, das von der Klasse seiner Eltern wegstrebt. Insofern bestätigt sich auch hier das alte Wort von Friedrich Engels, daß die Befreiung vom kapitalistischen Joch nicht nur die Befreiung einer Klasse, sondern der ganzen Menschheit sei.

Die Koalitionskrise

Zwei „starke“ Männer „Ein Hundstott, wenn Hindenburg ruft“

Berlin, 12. Februar.

Auch 1917 rief Hindenburg. Er hatte ein Munitionsprogramm aufgestellt und forderte die Erstellung der „schimmernden“ Wehr für die letzten Offensiven, zu denen Wilhelms Heer noch imstande war. „Ein Hundstott, wer da noch streift.“ Damit ist General Gröner für die deutsche Kriegsgeschichte unsterblich geworden, und er denkt auch heute nicht daran, seine Hundstottideologie aufzugeben. Das ergab sich aus einem Zusammenstoß, der am Sonnabend im Haushaltsausschuß des Reichstages erfolgte.

Der preussische Ministerialdirektor Dr. Brecht, der, wie bekannt, zu Beginn der Kündellära aus dem Innenministerium des Reiches ausgeschifft worden ist, begründet die Streichungen des Reichsrates am Wehretat in Höhe von 6,3 Millionen Mark. Also eine lächerlich geringe Summe im Verhältnis zu den 700 Millionen, die Herr Gröner im Etat verlangt. Und Dr. Brecht handelte nur im Auftrage des Reichsrates. Aber schon das genügt, um dem Hundstottgeneral die Galle zu reizen. Auf eine schüchternen Anfrage Brechts antwortete er herausfordernd im militärischen Jargon: „Für den Militäretat bin ich verantwortlich.“ Das besagt, in die Geheimnisse des Grönerressorts hat weder der Reichsrat, noch weniger aber ein Vertreter Preußens hineinzureden. Selbstverständlich hatte Herr Gröner die Bürgerblockparteien hinter sich, und insbesondere der Zentrumsmann auf diesem Gebiete, Ernst Sprang Herr Gröner helfend bei.

Das Heer steht auch heute noch unter der Patronenschaft Hindenburgs. Und wehe dem, der auch nur wenige Streichungen fordert. Gegenüber den sozialdemokratischen Anträgen muß sich Herr Gröner die Jiffen Kellers auserlegen. Wehe aber, wer sonst daran geht, die Jiffen Gröners in Zweifel zu stellen. Ein Hundstott, wer kritisiert. Der Weltkrieg zwar ging verloren, trotz Gröner und trotz Hindenburg, aber die „starken“ Männer sind geblieben.

Zu diesen zählt sich Herr von Guérard, der Allgewaltige der Zentrumspartei. Er sonnt sich bereits in der kommenden Würde einer erdumtännten Kanzlerschaft. Der Koblentzer Renner guter Weine standiert gegen den Hindenburgbrief. „Ein Hundstott, wer gegen den verehrten Reichspräsidenten wagt“, so wird es alsbald aus den Spalten der gesamten „nationalen“ Presse schallen. Bisher freilich hat Herr Gröner gegen die „streifenden“ Zentrumsteute noch keine Hundstottrede gehalten, aber was nicht ist, das kann noch werden. Jedenfalls nimt Herr v. Guérard den Männerstolz von Präsidentenstühlen, weil Hindenburg das Schulgesetz gewissermaßen an die letzte Stelle richte. Nachdem jene Drohung, die Zentrumsmünister zurückzuziehen, wirkungslos blieb, da die Marx und Brauns schließlich doch nicht gehen würden, so erstrebt Guérard jetzt die Demission der volksparteilichen Minister. Also Dr. Sitjesmanns. Wir wollen nicht sagen, daß dessen Position unerträglich wäre, im gegenwärtigen Zeitpunkt aber ist das für alle anderen Parteien des Reichertums undisfuzabel, woraus sich nur erneut ergibt, daß die Politik Guérards noch immer auf die Taktik des Bluffs eingestellt ist.

Gewiß ist die Zentrumspartei in ihrer Mehrheit von dem Hindenburgbrief nicht sehr erbaut. Zweifellos aber haben Zentrumshäupter an seiner Stillierung mitgewirkt. Die Partei Dr. Marx rühmt sich ob ihrer staatsmännischen Haltung, und wer wagt zu widersprechen, wenn Hindenburg ruft. Also ist das Berferkertum der Guérardente nicht allzu tragisch zu nehmen. Zwar ist das letzte Wort noch nicht gesprochen, aber die Volkspartei hat bereits eingelenkt. Sie hat sich Herrn Hindenburg, nicht schweren Herzens, unterworfen. Das geschah mit der nachfolgenden Resolution, die von der Reichstagsfraktion beschlossen wurde. Sie lautet:

„Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat sich anlässlich des Schreibens des Herrn Reichspräsidenten an den Herrn Reichskanzler mit der dadurch geschaffenen Lage befaßt. Sie ist der Auffassung, daß im Hinblick auf die dringenden von der Koalition übernommenen, nach der Lösung harrenden Aufgaben der Reichspolitik, Verabschiedung des Etats, Anwendung der Not der Landwirtschaft, Kriegsschadenschuldengelei, Kleinrentenverforgungsgesetz, Sicherung des Wohnungsbau für 1928, Reform des Strafbuchgesetzbuchs und anderes mehr, eine vorzeitige Auflösung des Reichstags vermieden werden muß, auch wenn das Reichsschuldengelei in dieser Legislaturperiode nicht mehr verabschiedet werden sollte. Die Fraktion wird sich deshalb der Aufforderung des Herrn Reichspräsidenten nicht entziehen.“

Die Volkspartei hat das Arbeitsprogramm des liberaleren Reichstages nach einig Punkte erweitert. Demzufolge liegt nun die letzte Entscheidung bei der Zentrumspartei. Will also Herr v. Guérard das Tänzlein wagen? Sie spielen ihn auf. Mit seinen Reichskanzlerhoffnungen wird er sich, wenn nicht alles täuscht, noch einige Zeit gebulden müssen.

Über den Inhalt der Gegensätze zwischen Zentrum und Volkspartei unterrichtet weiter ein Vorgang, der am Sonnabend in den späten Nachmittagsstunden durch eine Indisfektion bekanntgeworden ist und über den der Vorwärts wie folgt berichtet:

„Im interfraktionellen Anschluß hat am Freitag Herr von Guérard die Volkspartei aufgesordert, ihre Minister aus der Regierung zurückzutreten. Die Bayerische Volkspartei hat sich diesem Vorgehen angeschlossen. Dabei wird folgendermaßen argumentiert: Die Bürgerblockparteien haben sich gegenseitig verpflichtet, während der Dauer ihrer Koalition keine Anträge um Änderung der Verfassung einzubringen. Nun ist der volksparteiliche Simultanantrag nach den Erklärungen des Staatssekretärs Zweigert verfassungsändernd. Also haben die Volksparteiler das Abkommen gebrochen, auf dem der Bürgerblock beruht; sie haben damit den Anspruch verloren, dieser erlauchten Gesellschaft weiter angehören zu dürfen.“

Die Volkspartei hat diese Beweisführung für nicht ganz durchschlagend gehalten. Man kann sich denken, warum. Jenes Abkommen wurde geschlossen, um monarchistische Seitenprünge der Deutschen Nationalen zu verhindern. Auf den Gedanken, es auch auf die Schulborlage anzuwenden, ist man bisher noch nie gekommen, obwohl diese Borlage nach der Auffassung hervorragender Juristen auch in anderen Punkten verfassungsändernd ist.“

Am Montag werden die Verhandlungen des interfraktionellen Anschlusses fortgesetzt. Es wird sich dann zeigen, inwieweit der Bürgerblock diese Belastungsprobe noch auszuhalten vermag.

800 000 Metallarbeiter

sollen am 23. Februar auf die Straße

Kurz vor Redaktionsschluß berichtet uns die Telegraphen-Union:

Wie von Arbeitgeberseite mitgeteilt wird, hat der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller beschlossen, zur Unterstützung der bereits seit 4 Wochen im Abwehrkampf befindlichen mitteldeutschen Metallindustriellen die Gesamtaussperrung in der deutschen Metallindustrie ab 22. Februar vorzunehmen. Von dieser Maßnahme werden insgesamt 750 000 Arbeiter betroffen, so daß von diesem Zeitpunkt ab unter Hinzuziehung der in Mitteldeutschland ausgesperrten Metallarbeiter 800 000 Metallarbeiter ausgesperrt sein würden.

Ergebnis so, daß selbst der Staatsanwalt es äußerst dürrig finden muß. „Die meisten Lehrer gingen nicht auf uns ein. Sie gaben sich mehr Mühe, uns den Lehrstoff einzupauken, als uns zu verstehen. Es gab nur zwei Herren, die uns Verständnis entgegengebracht haben.“ Wer kennt nicht diese Schulmeister, von denen Paul Krantz sprach? Gerade die Lehrer der sogenannten höheren Schulen haben eine Fertigkeit in solchem Paukbetrieb, die nur mit einer anderen konkurriert: die mit einem Mädel ertappten Schüler ins hochnotpeinliche Kreuzverhör zu nehmen.

Und die Eltern? Wir wollen dem Urteil nicht vorzueilen, das sich erst aus der am Dienstag stattfindenden Aussage des Schellerschen Ehepaares bilden könnte. Aber die bisher bekannten Tatsachen genügen doch schon, um zu erkennen, wie gefährlich das extreme Gegenteil von der sonst bekannten elterlichen Zwangsherrschaft über die Kinder sein kann. Die Schellers haben ihre Kinder anscheinend tun und treiben lassen, so ziemlich alles, was sie wollten. Es mag dies keine pädagogische Fahrlässigkeit gewesen sein, es mögen hierfür Bedingungen maßgebend gewesen sein, die wir noch nicht kennen. Vielleicht werden wir am Dienstag einen interessanten Beitrag zur Auflösung der Familie im Kapitalismus erfahren, von der vor nunmehr achtzig Jahren schon das kommunistische Manifest sprach. Jedoch, wo sind heute diejenigen, die das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern gestalten helfen? Der Kapitalismus hat hier zerstört, aber er hat nicht einmal selbständig die Kräfte schaffen können, die innerhalb der Zerstörung ordnend wirken.

Eine Fülle von Problemen wirft dieser Prozeß auf. Während die anderen mit ihnen eine Sensation betreiben, werden wir Sozialisten aus ihnen eine weitere Anregung zum Sturz dieser Gesellschaftsordnung schöpfen.